

PROKLA-Redaktion

Editorial: Die Linke zwischen Krise und Bewegung

Der »lange Sommer der Migration« 2015, der eine kurze Niederlage des rassistischen und klassistischen europäischen Grenzregimes bedeutete, die Covid-19-Pandemie, durch die die Krise der sozialen Reproduktion befeuert wurde, die Zuspitzung der Klimakrise, deren Folgen und Anpassungsdruck sich immer stärker auch in den kapitalistischen Zentren zeigen, oder schließlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – all diese Krisen der letzten Jahre machen die Unfähigkeit der gesellschaftlichen Linken sichtbar, einen effektiven Umgang mit derartigen politischen Herausforderungen zu finden. Ähnlich war das bereits bei der Weltwirtschaftskrise ab 2008. Obwohl es keinen Mangel an versierten linken Gesellschaftsdiagnosen gab und gibt, besteht ein Spannungsfeld zwischen den notwendigen strukturellen Änderungen auf der einen Seite, und dem, was gesellschaftlich für eine Linke durchsetzbar erscheint, auf der anderen. Die Kluft scheint sich in den letzten Jahren vergrößert zu haben, wie sich an der gescheiterten Umsetzung einer radikal anderen Klimapolitik zeigt. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind so ungünstig, dass eine Politik, die den Anforderungen der Gegenwart gerecht wird, kaum möglich ist.

Solch ein Eingeständnis gleich zu Beginn dieses Editorials ist nicht unbedingt ermutigend. So war bei der Veröffentlichung des Call for Papers zeitweise sogar unklar, ob die Partei DIE LINKE bei Erscheinen des Heftes noch existieren würde. Der nur knappe Einzug in den Bundestag nach der Bundestagswahl 2021, die Verluste bei den übrigen Wahlen und die zuletzt stärker gewordenen Fliehkräfte angesichts der gegensätzlichen Antworten auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben ihre Zukunft noch unsicherer werden lassen. Es bestand das Risiko, dass diese PROKLA-Ausgabe allenfalls einen historischen Wert hat und den Niedergang der Partei nur begleitet, ohne dazu beizutragen, die Krise produktiv zu bearbeiten. Auch in Hinblick auf vergangene Hefte, etwa zur Kritik von Parteien und Parlamentarismus (PROKLA 171), zu globalen Protestbewegungen (PROKLA 177) oder zur Krise der Sozialdemokratie (PROKLA 196) müssen wir uns fragen, inwieweit sie in dieser Hinsicht relevant waren und zumindest eine politische Selbstverständigung ermöglichten – oder ob sie an den »Problemen des Klassenkampfes« vorbeiproduziert wurden.

Immerhin beschäftigt sich die PROKLA seit dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens mit Krisen der Linken. So

thematisierte Bernhard Blanke in PROKLA 23 unter dem Titel »Kritik und Selbstkritik – Bemerkungen zu Inhalt und Stil der innerlinken Auseinandersetzung« weitverbreitete Mythen und Selbsttäuschungen in der sozialistischen Bewegung. Die derzeitige Krise ist jedoch vielfältiger und tiefer, neue Probleme sind hinzugetreten, ohne dass alte verschwunden wären. Die aktuelle Ausgabe widmet sich deshalb nicht allein der Krise der Partei DIE LINKE, sondern verortet diese im breiteren Kontext einer insgesamt krisenhaften und geschwächten gesellschaftlichen Linken. Gleichzeitig sollte eine Krisenanalyse nicht nur darauf abzielen, Pessimismus zu verbreiten, sondern auch bestehende Möglichkeiten und produktive Momente aufzeigen, die aus dieser hinausführen. Das Heft kann somit als Suchbewegung gelesen werden, die sich darum bemüht, unterschiedliche Konfliktlinien zu vermitteln und so mögliche Auswege aus der Krise zu skizzieren.

Wie steht es vor diesem Hintergrund nun um DIE LINKE? »Die LINKE ist in der Krise [...] In ihr toben programmatische und Machtkonflikte. Trotz radikaler Rhetorik vermag es die LINKE nicht, die galoppierende Krise in ihrem Sinn zu politisieren.« Es mag überraschen, dass diese Diagnose nicht 2022, sondern bereits vor mehr als zehn Jahren in PROKLA 165 von Tom Strohschneider unter dem Titel »Die Linkspartei in der Krise« (2011: 653) gestellt wurde. Handelt es sich bei der heutigen Krise der Partei also um einen »alten Hut«? Was wurde damals als krisenhaft erfahren, was erscheint heute so? Strohschneider

hielt 2011 fest, dass die Vereinigung von PDS und WSAG seit 2005 zwar sensationelle Wahlerfolge aufweisen konnte, in der Folge aber deutliche Zeichen von Stagnation zeigte und fallweise auch Rückschläge hinnehmen musste. Wie war das zu erklären? Er gab dafür fünf Gründe an (ebd.: 657f.): 1. DIE LINKE verdankte ihren Aufstieg der weitverbreiteten Wahrnehmung einer »Gerechtigkeitslücke«. Wie den anderen kleinen Parteien auch wurde ihr aber vielfach nicht die Kompetenz zugetraut, dieses Problem politisch zu lösen. 2. Linke »Markenkerntemen« wie der Mindestlohn wurden mittlerweile ebenfalls von den Grünen und der SPD bearbeitet. 3. Zentrale »grüne« Anliegen wie die Energiewende traten in der Öffentlichkeit zunehmend in den Vordergrund, standen bei der LINKEN aber bis dahin nicht im Fokus. 4. Es gab vielfach Erwartungen und Hoffnungen in Bezug auf einen neuen, offeneren und transparenteren Politikstil, dem die Piratenpartei zu entsprechen schien, während DIE LINKE in dieser Hinsicht als traditionalistisch eingestuft wurde. 5. Bisher unter der Oberfläche gärende inhaltliche Konflikte, die aufgeschoben worden waren, brachen ab 2009 vermehrt auf. Sie betrafen vor allem das Verhältnis zur SPD (maximale Abgrenzung oder Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten?), zunehmend aber auch dasjenige zu den Grünen, die man bis dahin als »Latte-Macchiato-Bürger« abgestempelt hatte. Dabei wurden die internen Auseinandersetzungen oftmals auf eine Art geführt, die viele Beteiligte als »Grabenkämpfe«, geprägt von »dynamischem Misstrauen« und einer

»Verdächtigungskultur« erlebten (ebd.: 659 f.).

Parallel zu diesen innerparteilichen Verwerfungen schien nach 2008 die außerparlamentarische Linke einen Aufschwung zu erleben: Heiligendamm, Studierendenproteste, *Dresden nazi-frei!*, *Castor schottern!*, *What the Fuck!* und *Blockupy* waren nur einige erfolgreiche Mobilisierungen, die eine neue Phase linker Massenproteste markierten und die das Potenzial boten, unterschiedliche Aktionsformen und Politikvorstellungen zusammenzuführen sowie zivilen Ungehorsam und Bündnispolitik in größerem Maßstab wieder auf die Agenda zu setzen. Auch wenn gerade die aktuelle Klima- und Mietenbewegung in Teilen an diese Erfahrungen anschließen und von ihnen profitieren kann, existieren heute vor allem fragmentierte Mobilisierungen. Dahingegen schafft es die politische Rechte – neben der inzwischen festen Etablierung der AfD in den Parlamenten – im Namen einer vermeintlichen, abgehängten »Mitte« spätestens seit dem Aufkommen von *PEGIDA* (und seit Beginn der Covid-19-Krise vor allem mit *Querdenken*), mehr Menschen sichtbar und laut auf die Straße zu bringen. Diese Tendenz droht sich in Anbetracht der gegenwärtigen Energiekrise und Inflation noch zu verschärfen.

Als Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen und erschütternde Ereignisse, wie etwa den rassistischen Anschlag 2020 in Hanau, entstanden neue Bündnisse und Gruppen. Gleichzeitig kam es in den letzten Jahren auch zu neuen Spaltungen und inhaltlichen Differenzen. So scheint die zuvor intensiv und oftmals lähmend geführte Diskussi-

on um die innerlinke Positionierung zum Nah-Ost-Konflikt in den Hintergrund gerückt zu sein. Während Differenzen zwischen orthodoxeren marxistischen Strömungen nahezu unverändert fortbestehen, wurden insgesamt politische Ansätze und Praktiken wirkmächtiger, die Herrschaftsverhältnisse nicht länger auf Klassenverhältnisse reduziert wissen wollen. Der dahingehend wohl prominenteste inhaltliche Streit tobt seit längerem zwischen den Polen Identitäts- versus Klassenpolitik.

Der Auseinandersetzung um Identitätspolitik liegen unterschiedliche gesellschaftstheoretische Prämissen zugrunde, ohne dass diese in der unmittelbaren politischen Praxis unbedingt offen zur Sprache kommen. Dabei ist nahezu allen Beteiligten klar, dass sich der Konflikt nicht in einem exklusiven Entweder-Oder erschöpft oder klären lässt. Vielmehr sind die Irritationen, die von identitätspolitischen Anliegen und Praktiken ausgehen, als notwendigerweise schmerzhaftes, aber produktives Element einer linken Selbstverständigung zu verstehen. Unter dem Paradigma der Intersektionalität machen diese Anliegen und Praktiken eine Neuausrichtung vermeintlicher Selbstverständlichkeiten auch weiterhin notwendig und fordern sie ein. Eine integrierende Perspektive auf die damit einhergehenden, nicht widerspruchsfreien Interessenkonstellationen, Positionierungen und Forderungen findet sich im partei- und bewegungsübergreifenden Plädoyer für eine »verbindende« oder »neue Klassenpolitik«. Sie ist nicht nur der Versuch, die destruktiven Seiten dieser Problematik zu vermitteln, son-

dern verfolgt die Absicht, linke Politik in eine neue solidarische Qualität zu überführen und die gemeinsame Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen.

Einen weiteren inhaltlichen Streitpunkt linker Debatten stellen nach wie vor unterschiedliche Strömungen der und Zugänge zur Politischen Ökonomie dar. Diese Divergenzen bilden einen übergreifenden Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen in linken Projekten und Milieus (siehe dazu Ingo Schmidt in PROKLA 196), sie treten aber auch in der Partei DIE LINKE offen zutage. So lehnen etwa große Teile des gewerkschaftsnahen WASG-Flügels, die eher klassischen sozialdemokratischen Positionen nahestehen, das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ab, das hingegen von anderen Teilen der Partei stark befürwortet wurde. Ein kürzlich vollzogener Mitgliederentscheid über die Aufnahme des BGE in die Programmatik der Partei wird diesen Streit wohl kaum beilegen und es ist nicht davon auszugehen, dass man sich darum bemüht, zumindest einen Konsens darüber herzustellen, an welchen inhaltlichen Punkten Differenzen bestehen – und woher diese rühren.

Ein weiterer Riss, der gegenwärtig quer durch die Partei, aber auch durch die Bewegungen geht, betrifft den Ukraine-Krieg. Diejenigen, die Waffenlieferungen ablehnen, berufen sich auf den Pazifismus, während diejenigen, die das angegriffene Land mit Waffenlieferungen unterstützen wollen, es gegenüber dem übermächtigen Aggressor sonst vom Untergang bedroht sehen. Bei aller Überspitzung verbirgt sich dahinter ein grundsätzliches Dilemma. Angesichts der Millionen von Toten und der

Verheerungen des Zweiten Weltkriegs lautete die Antwort danach: »Nie wieder Krieg!« Angesichts der Erfahrung, dass der deutsche Faschismus nicht durch Widerstand von innen, sondern nur militärisch von außen beendet werden konnte, hieß es: »Nie wieder Faschismus!« Seither stehen sich diese Losungen unversöhnlich gegenüber. Die beiden wichtigsten Länder, die Europa von der deutschen Wehrmacht befreit hatten, entwickelten sich in der Folge zu hochgerüsteten Supermächten. Auch im Ukraine-Krieg ist nicht erkennbar, wie das Land anders als durch militärische Überlegenheit die russische Bedrohung parieren kann. Gleichzeitig befördert die Unterstützung von außen allerorten den Militarismus (siehe dazu Uta Ruppert in PROKLA 208). Nicht nur die gesellschaftliche Linke zeigt sich hier außerstande, eine angemessene politische Lösung zu finden, die auf diese Widersprüche reagiert.

Dementsprechend hat das Linkssein beziehungsweise das sich ins »Verhältnis zu den gesellschaftlichen Verhältnissen setzen« (Klaus Holzkamp) eine fortlaufende Differenzierung erfahren. Das wirft Fragen danach auf, ob eine gemeinsame Bearbeitung der Krise der Linken überhaupt noch möglich ist und wodurch diese Linke – als Bewegung wie als Partei – sich als solche auszeichnet. Derzeit durchläuft sie durch die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, einen Wandel ihrer Organisations- und Normenstruktur.

Eine dieser Herausforderungen ist die 2017 im Zuge des Weinstein-Skandals gestartete *MeToo*-Kampagne, die dieses Jahr unter dem Hashtag *#LinkeMeToo* aufgegriffen werden musste.

Sexualisierte Gewalt und Belästigung sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Scharf skandalisiert und diskutiert wurden die Vorfälle dieses Jahr in der Politik fast nur anhand der Partei DIE LINKE. Dass die inneren Machtstrukturen zwar in der Linkspartei hinterfragt und eingefordert werden konnten und dass diese nicht weiter als Schutzschirm für Täter genutzt werden, liegt an den eigenen Ansprüchen der Partei. Aber derzeit ist offen, ob die Vorfälle und ihre Bearbeitung erfolgreich Impulse dafür geliefert haben, dass das Konzept des bürgerlichen Politikbetriebes mit seinen Berufspolitiker*innen und den von ihnen abhängigen Stabsmitarbeiter*innen kritisch reflektiert werden, dass die eigene Funktionsweise infrage gestellt wird, dass die Partei an diesen Widersprüchen »wächst« und transformative Praktiken entwickelt – etwa in Bezug auf den Umgang mit Tätern – und in eigenen Strukturen verankert. Die wiederkehrende Thematisierung und Aufdeckung sexualisierter Gewalt auf linken Festivals, in Wohnprojekten, alternativen Jugendzentren etc. zeigen weiterhin die Dringlichkeit, auch in linken Strukturen Praktiken dagegen zu etablieren.

Ein weiterer innerlinker Konflikt ist davon geprägt, wie die sogenannten ökologischen und sozialen Fragen angesichts des russischen Angriffskriegs zusammen beantwortet werden können. Aufgrund der Verknappung des Zugangs zu fossilen Energieträgern ist die Gesellschaft mit einer ökonomischen und politischen Krise konfrontiert, deren Ausmaße noch nicht absehbar sind. Während die Führung der Linkspartei einen »heißen Herbst« und »Montags-

demonstrationen« ankündigte, um in dieser Krise zu neuer Stärke zu kommen, erwies sie sich zum Entstehungszeitpunkt dieses Textes nicht in der Lage, diese Ankündigung umzusetzen. Stattdessen wird der Protest von rechtsautoritären und rechts-libertären dominiert, die ihr während der Proteste gegen die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie geschmiedetes Bündnis nahtlos fortführen können. Dagegen wäre beispielsweise eine Möglichkeit gewesen, Proteste gegen die Verteuerung des Lebens mit der ökologischen Frage zu verbinden, also statt montags darum zu kämpfen, nicht mit den »falschen Leuten« zu demonstrieren, freitags ein sozial-ökologisches Projekt mit den Aktiven von *fridays for future* anzugehen.

Die Linke ist demnach sowohl als Partei als auch über diese hinaus bislang nicht in der Lage, die Krise als Motor der Organisierung zu nutzen. Bestehende Erfahrungen mit jüngeren Protesten wie beispielsweise Schulstreiks, Fahrraddemos gegen die Klimakrise, Platzbesetzungen und Krankenhausstreiks im Zuge der neu wiederaufgelebten feministischen Streikbewegung (u.a. *Platz für Sorge-Bündnis, Gesundheit statt Profite*), Besetzungen von Infrastruktur und Produktionsanlagen (*Ende Gelände*) oder die wilden Streiks in der digitalen Plattformarbeit wurden in den letzten Jahren kaum großwirksam zusammengeführt. Das *#unteilbar*-Bündnis, das für »unteilbare«, das heißt anti-rassistische Solidarität stand, hat sich im Oktober 2022 aufgelöst, also in einer Situation, in der sich die Verhältnisse gerade erst wieder zuspitzen. Bleibt zu hoffen, dass mit *Genug ist genug* zumin-

dest eine Initiative entsteht, die Sozialproteste breiter verankert und nicht den Rechten überlässt.

Die Linke ist trotz hinreichend neuer Problemstellungen auch mit einem historischen Evergreen konfrontiert, der sie seit über 100 Jahren begleitet und erstmals 1899 mit Alexandre Millerands Eintritt in die französische Regierung aufgeworfen wurde: die »taktischprinzipielle« Frage (Luxemburg) nach dem Zweck sozialistischer Parteien in bürgerlichen Regierungen. Damit einher geht generell die Frage nach dem Verhältnis zum bürgerlich-kapitalistischen Staat. Derzeit ist die Partei DIE LINKE an vier Landesregierungen beteiligt und nimmt für sich in Anspruch, dass die Regierungsbeteiligung in ihrem Sinn politisch etwas bewirkt. Versuche einer Synthese der konfligierenden Positionen (Fundamentalopposition versus Mitverantwortung) wurden in linken Debatten mit einem Rückgriff auf den »revolutionären Reformismus« Luxemburgs unternommen, wobei in diesen Plädoyers das Adjektiv »revolutionär« allerdings meist keine Rolle mehr spielte. Beispielfhaft zeigt sich das bei der Klimabewegung, der sich die PROKLA in einem Heft zum Green New Deal (202) gewidmet hat, und die auch in der kommenden Ausgabe 210 im Zentrum stehen wird. Deren Protestformen haben sich in den letzten Jahren radikalisiert, sodass zwischenzeitlich das Gespenst einer »grünen RAF« an die Wand gemalt wurde.¹

Ob in Massenaktionen ziviler Ungehorsam praktiziert und ein *system*

change zur Bewältigung des Klimawandels proklamiert wird, ob Kleingruppen Autobahnen blockieren, ob Hungerstreiks mit dem Ziel eines Gesprächs mit Kanzlerkandidat*innen durchgeführt werden: Der Protest adressiert letztlich immer wieder die staatlichen Entscheidungs- und Durchsetzungsorgane als Verantwortliche für die gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen. Dabei wird oftmals ein staatspolitisches Verständnis deutlich, bei dem die Klassenstruktur oder die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik außer Betracht bleiben. Dem Staat wird das Primat des gesellschaftlichen Wandels eingeräumt und die jeweilige Regierung wird dafür kritisiert, dass sie internationale Vereinbarungen etc. missachtet. Zur ökologischen Krise gibt es eine Vielzahl von Positionen linker Organisationen, deren Minimalkonsens im Kampf gegen den Klimawandel besteht. Immerhin sind erste Bündnisse zwischen DGB-Gewerkschaften und Teilen der Klimabewegung entstanden. Aber gleichzeitig hat DIE LINKE es neuerdings versäumt, mit dem ihr zugestandenem Vorsitz des Ausschusses für Klimaschutz des Bundestages Schritte zu unternehmen, eine Partei dieser Bewegung zu werden. Aufgrund innerparteilicher Machtbündnisse hat sie den wichtigen Posten vielmehr einem Befürworter fossiler Energieerzeugung zugeschanzt.

Die skizzierten Krisen und Herausforderungen sind so vielfältig, dass sie Stoff für mehrere Heftschwerpunkte liefern. Trotzdem enthält der Schwerpunkt Lücken, Fragen bleiben unbeantwortet. Auf unseren Call for Papers hin gab es weniger Artikelangebote als

1 »Droht eine Grüne Armee Fraktion?«, <https://www.faz.net/> (26.7.2022).

bei anderen Themen; zudem fielen zugesagte Artikel kurzfristig aus, etwa – krankheitsbedingt, da wir immer noch in einer Pandemie leben – ein Einspruch zu #LinkeMeToo. Anhaltspunkte, um Auswege aus der Krise der Linken aufzuzeigen, sucht der Schwerpunkt vor allem über die Parteien- und die Bewegungsforschung. Denn kritische Sozialwissenschaften und linke Aktivist*innen haben seit jeher nicht nur um politische Ziele, sondern auch um die Formen ihrer Organisation gestritten, nicht zuletzt um die Form der Partei. Kann eine solche überhaupt ein Mittel der Befreiung sein, wenn sie doch selbst ein bürokratischer, hierarchischer Apparat ist, der – vor allem in Deutschland als verfassungsrechtliche Institution – stark in den Staat eingebunden ist?

Eine der bekanntesten und im politischen Alltag präsenteste Parteienkritik hat vor über 100 Jahren anhand der Sozialdemokratie des Kaiserreichs Robert Michels formuliert. Im Zuge des Zerfalls der 1968er-Bewegung wurden nicht nur zahlreiche neue und »wahre« Arbeiterparteien gegründet, sondern auch die Parteienkritik reformuliert, etwa von Bodo Zeuner. Mit seinem Buch *Innerparteiliche Demokratie* landete er 1969 einen Bestseller, der mehrere Auflagen erlebte. *Raul Zelik* hat für dieses Heft beide Ansätze vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen als Mitglied des erweiterten Parteivorstands von DIE LINKE auf ihre Plausibilität geprüft und so ein kritisches Bild der Partei wie auch der außerparlamentarischen Bewegung gezeichnet. Zelik wendet sich dagegen, die Partei auf einen »Wahlverein« zu reduzieren, dennoch ist ein analyti-

scher Blick auf die Wähler*innenschaft wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil die innerparteiliche Debatte um die Krise der Partei anhand von Zielgruppen, Wähler*innenpotenzialen und Wähler*innenwanderungen etc. geführt wird. *Horst Kahrs* geht dem nach und zeigt, wie ungelöste Widersprüche ihrer Gründungsgeschichte und das Fehlen einer klaren strategischen Orientierung wesentliche Ursachen der gegenwärtigen Krise darstellen. Dabei wirft er auch eine Frage auf, die bereits in der Vergangenheit Thema der PROKLA war (PROKLA 190 bzw. das Online-Dossier zu Rechtspopulismus): Ob nämlich der Erfolg der AfD auch damit zusammenhängt, dass die Partei DIE LINKE von Teilen der Arbeiter*innenklasse nicht mehr gewählt wird. Dabei kommt Kahrs zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass die Partei auch bisher noch nie die Partei der Arbeiter*innen war, wie dies in den inzwischen zugespitzten Diskussionen oft unterstellt wurde.

Der Blick auf die Wähler*innen ersetzt gleichwohl nicht den Blick auf die Partei, hier nicht als Institution verstanden, sondern als Ansammlung von politischen Menschen, die sich aktiv einmischen wollen. Darüber ist weit weniger bekannt, was eine Leerstelle markiert – nicht nur um die Konflikte in der Partei zu verstehen, sondern auch hinsichtlich der Frage, was ein von Partei und Fraktion getragenes politisches Projekt ausmacht. Die von Zelik herausgestellte Verselbstständigung der Fraktion im Bundestag findet ihr Spiegelbild in einer aktiven Basis, die sich in den letzten Jahren deutlich verjüngt hat, aber zugleich kaum Bindekraft aufzeigt. Zumindest für die

jüngeren Mitglieder deuten die Zahlen darauf hin, so die Auskunft der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE, dass es nur etwa drei Jahre sind, bis ein neu eingetretenes Mitglied wieder die Partei verlässt. Man kann nur ahnen, was die Gründe dafür sind. Einen Beitrag, der dieser und ähnlichen Fragen nachgeht, können wir in diesem Heft leider nicht präsentieren.

Um die aktuellen Konflikte in der LINKEN zu verstehen, ist ein Blick auf ihre Entstehung und deren historische Bedingungen in der Bundesrepublik notwendig. *Alex Demirović* betrachtet die Krise der Partei vor diesem Hintergrund: Welche Konfliktlinien der Neuen Linken im Westen setzten sich auch dann fort, als das Projekt der Linkspartei entstand? Mit der sogenannten Wiedervereinigung hatte sich auch die historische Möglichkeit geboten, die sozialistischen Kräfte parlamentarisch zu verankern. Der Beitrag beleuchtet außerdem, wie sehr die personellen Machtkonstellationen und der Parlamentarismus zu Reibungsverlusten führten – besonders im Verhältnis von Partei und Fraktion. Über diese zumeist medial präsenten Stolpersteine tritt das notwendige Projekt linker Politik, das auf eine sozialistische Perspektive und eine emanzipatorische Zukunft setzt, in den Hintergrund.

Dass die aus der Bewegungsforschung bekannten Ein-Punkt-Bewegungen noch immer attraktiv sind und eine solche durchaus politisch etwas in Gang setzen kann, stellt *Niklas Stoll* in seinem Beitrag zu der Initiative *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* heraus. Diese hat es geschafft, Vergesellschaftung nach Jahrzehnten des Schattendaseins

als verfassungsgegebene politische Option allgemein wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die zentrale Frage ist hier, wieso diese im Gegensatz zu vielen anderen linken Initiativen oder Organisationen erfolgreich war – und vielleicht noch ist –, wenngleich in dem Artikel ebenso auf Probleme und Fallstricke hingewiesen wird.

Linke Bewegungen und Parteien außerhalb Deutschlands waren immer wieder Projektionsfläche, aber auch Studienobjekte, um etwas über die Chancen und Gefährdungen linker Transformation zu lernen. *Jakob Graf* hat in den letzten Jahren mehrmals chilenische Verhältnisse für die PROKLA analysiert. Chile ist ein Land der Extreme, das sich aufgrund seiner Geschichte auch dadurch auszeichnet, dass es eine hochpolitisierte Gesellschaft gibt, in der jedoch das Verhältnis der Bevölkerung zum Politikbetrieb durch großes Misstrauen geprägt ist. Vor dem Hintergrund eines über lange Jahre festgezurrten neoliberalen Modells ist es umso erstaunlicher, dass es ein breites gesellschaftliches Bündnis geschafft hatte, in großen Massenprotesten ein Verfassungsreferendum zu erstreiten und zwischenzeitlich die Hoffnungen auf tiefgreifende politische Veränderungen zu wecken. Auch die parteipolitische Linke hat vorübergehend davon profitiert. Chile zeigt damit in gewisser Weise, wie sich die Linke durch Proteste erneuern kann. Allerdings ist das Projekt im ersten Anlauf zunächst gescheitert. Die Durchsetzungsfähigkeit politischer Projekte berührt somit das Verhältnis zwischen Ein-Punkt-Bewegungen, Parteien als politischem Transmissionsriemen und Staat.

Der Einspruch von *Stephan Lessenich* beleuchtet die aktuelle und auch in der Linken konfliktgeladene Frage »Wer hat Angst vor der »Identitätspolitik?«, die oben bereits aufgeworfen wurde. Lessenich sieht sie als Beziehung zwischen Etablierten und Außenseitern der Gesellschaft: Diejenigen, die Identitätspolitik abwehren, beklagen dabei vor allem, dass sie ihr Privileg einbüßen, darüber zu bestimmen, was als gesellschaftliche Norm gilt. Das Ressentiment gegen Identitätspolitik entsteht mitunter daraus, dass »die als normal Auftretenden sich erst daran gewöhnen [müssen], dass die Anderen publikumswirksam nicht nur auf ihr Anders-Sein verweisen, sondern auch daran, dass sie auch anders können.« Warum die jüngst erlassene Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union ein wichtiges Projekt für Europa ist, betrachtet *Felix Syrovatka*. Er zeichnet nach, wie diese langjährige Forderung der europäischen Linken mit erstaunlich wenig Abstrichen realisiert wurde, welche Schwerpunkte die Richtlinie enthält und welche Herausforderungen bei der Umsetzung auf europäischer und nationaler Ebene noch bevorstehen.

In einem weiteren Beitrag für unsere Reihe zum Ukrainekrieg (online unter prokla.de) untersucht *Jens Warburg* die neue deutsche Aufrüstung, konkret das im Bundestag mit großer

Mehrheit verabschiedete 100 Milliarden Euro-Paket für die Bundeswehr. Er fragt, auf welches Kriegsszenario sich die Bundesrepublik und ihre Verbündeten vorbereiten, welchen Rüstungssparten das Paket in erster Linie zukommen wird und welche Folgen die Aufrüstung für die Bundesrepublik haben könnte. Ebenfalls außerhalb des Schwerpunkts beschäftigt sich *Gundula Ludwig* mit Antonio Gramscis Hegemonietheorie und zeigt, inwiefern diese für die queer-feministische Staatstheorie fruchtbar gemacht werden kann. Mit ihr kann sowohl die Stabilität des heteronormativen Charakters des Staates wie das Verhältnis des Staates zu vergeschlechtlichten Subjekten aufgezeigt werden. Mit diesem Ansatz ist auch zu erklären, wie Geschlecht und Heteronormativität in Krisenzeiten staatliche Ressourcen darstellen. Und *Johannes Gerken* untersucht, ob sich mit dem Aufbauplan »Next Generation EU« der Europäischen Union tatsächlich eine fiskalpolitische Zeitenwende in der Coronakrise vollzieht. Zwar gibt es Brüche in der neoliberalen Integrations- und Regulationsweise der EU, aber aus fiskalpolitischer Sicht spielen sich die Entwicklungen eher auf der Oberfläche ab. Trotzdem sieht Gerken die Möglichkeit für einen echten Paradigmenwechsel in der europäischen Fiskalpolitik aufscheinen.

PROKLA ABO

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte, findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages:
www.beritz-fischer.de/prokla-abo

Eine Abo-Prämie können Sie sich aus diesen Titeln auswählen (wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, sogar zwei!):



Jens Renner: **Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien** ♦ Nina Scholz: **Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.** ♦ Au Loong-Yu: **Revolte in Hongkong** ♦ Robin Hahnel / Erik Olin Wright: **Alternativen zum Kapitalismus** ♦ Decio Machado / Raúl Zibechi **Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern?**

Der PROKLA-Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. | Postbank Berlin | IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 | BIC: PBNKDEFF

BERTZ + FISCHER



Margit Mayer
Die US-Linke und die Demokratische Partei
Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära
252 Seiten, 15 Fotos
Paperback, 10,5 x 14,8 cm
€ 12,- [D] / € 12,40 [A]
ISBN 978-3-86505-770-9

Als Joe Biden im November 2020 die Präsidentschaftswahl gewann und eine Reihe progressiver Abgeordneter in den Kongress einzog, erhofften viele einen Aufbruch und neue Chancen für die amerikanische Linke. Rund zwei Jahre später erscheinen die Mehrheiten der Demokraten bedroht, ihre ambitionierten Reformvorhaben blockiert oder enorm zusammengestrichen und die Linke gespalten. Das Buch untersucht die (Konflikte um die) Agenda der Biden-Regierung und wie sich die progressiven Bewegungen im Zuge dieser Konflikte verändert haben. Es analysiert Entwicklung, Debatten und Strategien linker Organisationen – insbesondere der *Democratic Socialists of America* und von *Black Lives Matter* – im Kontext institutioneller Strukturen, die das Erstarken und die Radikalisierung der Republikanischen Partei und bei den Demokraten die Dominanz einer neoliberalen, auf diverse urbane Mittelschichten orientierten Führung befördert haben.

www.bertz-fischer.de | mail@bertz-fischer.de | Newsletter: bertz-fischer.de/newsletter

contraste

zeitung für selbstorganisation

39. JAHRGANG

2022

4'50 EUR



CONTRASTE, die einzige überregionale Monatszeitung für Selbstorganisation, dient seit über 35 Jahren den Alternativen Bewegungen als Sprachrohr und Diskussionsforum. Aktivistinnen aus den unterschiedlichsten Bewegungen verfolgen mit der Herausgabe der Zeitung das Ziel, zu den von Globalisierung, Sozialabbau und Umweltzerstörung geprägten Verhältnissen Alternativen zu diskutieren, Entwicklungen aufzudecken, eigene Utopien zu entwickeln und diese zu erproben.

Gern versenden wir für 9 € ein dreimonatiges Schnupperabo.

www.contraste.org

1972—
2022
50 Jahre
graswurzel
revolution

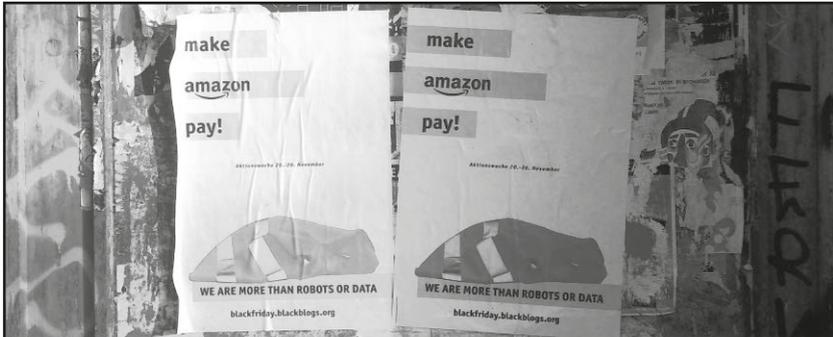
Probeexemplar oder Abo:

www.graswurzel.net

twitter: @graswurzelrevo1

insta: @graswurzelrevolution





ONLINE BUCHLADEN

Bücher online bestellen bei links-lesen.de

Als Kollektivbetrieb betreiben wir links-lesen.de, eine Bestellplattform mit politischen Buchtipps und Rezensionen.

Mit den erwirtschafteten Überschüssen unterstützen wir das Netzwerk Selbsthilfe und/oder andere gerade aktuelle Initiativen.
@linkslesen – auch auf Twitter und Instagram

WWW.LINKS-LESEN.DE



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2,- im Abonnement 10,- Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe Zeitung 3/2022:

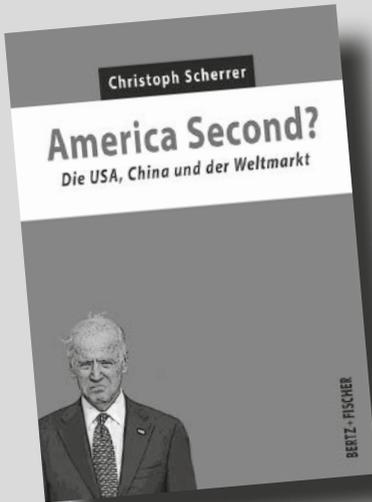
**Länderschwerpunkt
Griechenland**

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

BERTZ + FISCHER

Reihe **KAPITAL & KRISE**



Christoph Scherrer
America second?
Die USA, China und der
Weltmarkt
Kapital & Krise 7
136 Seiten
Paperback, 10,5 x 14,8 cm
€ 8,- [D] / € 8,30 [A]
ISBN 978-3-86505-767-9



Markus Metz / Georg Seeßlen: **Apokalypse & Karneval**. Neoliberalismus: Next Level. 192 Seiten, 16 Fotos, € 14,- [D] | Markus Metz / Georg Seeßlen: **Beute & Gespenst**. Lebenswelten im Neoliberalismus. 192 Seiten, 15 Fotos, € 14,- [D] | Markus Metz / Georg Seeßlen: **Kapitalistischer (Sur)realismus**. Neoliberalismus als Ästhetik. 300 Seiten, 30 Fotos, € 18,- [D] | Ulf Kadritzke: **Mythos »Mitte«**. Oder: Die Entsorgung der Klassenfrage. 108 Seiten, € 7,90 [D] | Stephan Kaufmann / Ingo Stützel: **Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre**. Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert« und »Kapital und Ideologie«. 124 Seiten, 13 Abb., € 8,- [D] | Autor*innenkollektiv: **Mythen über Marx**. Die populärsten Kritiken, Fehlurteile und Missverständnisse. 136 Seiten, € 8,- [D]

www.bertz-fischer.de | mail@bertz-fischer.de | Newsletter: bertz-fischer.de/newsletter

BERTZ + FISCHER

Reihe **REALITÄT DER UTOPIE**

Robin Hahnel / Erik Olin Wright

Alternativen zum Kapitalismus

Vorschläge für eine demokratische Ökonomie

Realität der Utopie 2

244 Seiten | Paperback, 10,5 x 14,8 cm

€ 15,- [D] / € 15,40 [A] | ISBN 978-3-86505-734-1



Nina Scholz

Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co. Was tun gegen die Macht der Konzerne? | Realität der Utopie 4

220 Seiten | Paperback, 10,5 x 14,8 cm

€ 10,- [D] / € 10,30 [A] | ISBN 978-3-86505-766-2



Raul Zelik / Elmar Altvater: **Vermessung der Utopie.** Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft. 240 Seiten, € 9,90 [D] | Philipp Mattern (Hg.): **Mieterkämpfe.** Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin. 212 Seiten, 31 Fotos, € 8,- [D] | Decio Machado / Raúl Zibechi: **Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern?** Eine Bilanz der lateinamerikanischen Linksjerungen. 220 Seiten, € 12,- [D]

www.berzt-fischer.de | mail@berzt-fischer.de | Newsletter: berzt-fischer.de/newsletter

BERTZ + FISCHER

Reihe
RECHT – STAAT – KRITIK



AG Rechtskritik (Hg.)
Rechtskritik mit Louis Althusser
ca. 120 Seiten
Pb. | 14,8 x 21 cm | € 15,- [D]
ISBN 978-3-86505-805-8

Mit Beiträgen von Katja Diefenbach,
André Kistner, Ingo Kramer, Hanna
Meißner, Jens-Christian Müller-Tuckfeld,
Matthias Peitsch, Christian Schmidt,
Laurent de Sutter und Frieder Otto Wolf.

AG Rechtskritik (Hg.)
**Rechts- und Staatskritik nach
Marx und Paschukanis**
140 Seiten
Pb. | 14,8 x 21 cm | € 14,90 [D]
ISBN 978-3-86505-802-7

Mit Beiträgen von Andreas Arndt,
Simon Birnbaum, Ingo Elbe, Andreas
Fisahn, Heide Gerstenberger, Jakob
Graf, Andreas Harms, Mohammad
Kalali, Ashkan Khorasani, André
Kistner, Ingo Kramer, Anne-Kathrin
Krug und Matthias Peitsch.

